

Eric Weiser-Saulin

# Public Corporate Governance kommunaler Unternehmen

Rechtliche Grundlagen, Hemmnisse und praktische Umsetzung  
eines Konzepts zur Sicherung kommunaler Ingerenzrechte



**Nomos**

**Schriften zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht**

**Herausgegeben von**

**Prof. Dr. Martin Burgi, Universität München**

**Prof. Dr. Elke Gurlit, Universität Mainz**

**Prof. Dr. Jan Henrik Klement, Universität Freiburg**

**Prof. Dr. Thomas Mann, Universität Göttingen**

**Prof. Dr. Barbara Remmert, Universität Tübingen**

**Prof. Dr. Stefan Storr, Wirtschaftsuniversität Wien**

**Band 15**

Eric Weiser-Saulin

# Public Corporate Governance kommunaler Unternehmen

Rechtliche Grundlagen, Hemmnisse und praktische Umsetzung  
eines Konzepts zur Sicherung kommunaler Ingerenzrechte



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-7894-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-2295-7 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2020 abgeschlossen und von der juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität als Dissertation angenommen. In die Druckfassung konnten die Neuerungen des am 16. September 2020 verabschiedeten PCGK des Bundes und des am 15. Januar 2021 aktualisierten D-PCGM nachträglich eingearbeitet werden. Sie befindet sich inhaltlich auf dem Stand von April 2021.

Die Arbeit ist das Produkt einer fruchtbaren Betreuung und der Unterstützung einer Vielzahl von Menschen, die mich in dieser Promotionszeit begleitet haben.

So gilt mein erster Dank meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Michael Droege. Er hat sich auf dieses Thema vorbehaltlos eingelassen, mir viele Freiheiten gewährt und mit seinen Nachfragen und Ratschlägen ganz erheblichen Anteil am Gelingen dieser Arbeit. Ohne ihn hätte ich mich vermutlich nicht an die Erstellung eines eigenen Musterkodex gewagt, der nunmehr das Herzstück meiner Promotionschrift bildet.

Frau Prof. Dr. Barbara Remmert gilt nicht nur der Dank für das Zweitgutachten. Ihre konstruktiven Hinweise und Anregungen haben nachträglich Eingang in den von mir entwickelten Musterkodex gefunden. Ihr danke ich, ebenso wie der gesamten Herausgeberschaft, für die Aufnahme der Arbeit in die vorliegende Schriftenreihe.

Für ihre Unterstützung und Ratschläge, insbesondere in der Anfangszeit meiner Promotion, danke ich Frau Prof. Dr. Anja Hentschel. Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Sebastian Heselhaus und Herrn Prof. Dr. Michael Rodi, die an ihren Lehrstühlen meine wissenschaftlichen Fähigkeiten auf unterschiedliche Weise gefördert haben.

Frau Sarah Nagel danke ich für die sprachliche Überarbeitung des Manuskripts. Ebenso danke ich Frau Sara Becker für ihre vielfältige Unterstützung.

Meiner Frau Anne bin ich für ihre bedingungslose Unterstützung und ihre liebevolle Begleitung während meiner Promotionszeit zu Dank verbunden. Ihr und unseren Kindern Frieda und Arthur ist diese Arbeit gewidmet.



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	23
1. Kapitel: Grundlagen der Steuerung und Kontrolle kommunaler Unternehmen	28
A. Ingerenzpflicht der Kommunen	28
I. Begriffsbestimmung	29
II. Rechtliche Grundlagen der kommunalen Ingerenzpflicht	30
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben zur Steuerung kommunaler Unternehmen	31
a. Demokratieprinzip	31
b. Rechtsstaatsprinzip	35
c. Sozialstaatsprinzip	40
d. Selbstverwaltungsrecht und Selbstverwaltungspflicht	42
2. Kommunalrechtliche Vorgaben zur Steuerung kommunaler Unternehmen	43
a. Angemessener Einfluss	44
b. Öffentlicher Zweck	45
c. Sozialpflichtigkeit	45
d. Allgemeine Haushaltsgrundsätze	47
3. Europarechtliche Vorgaben zur Steuerung kommunaler Unternehmen	47
4. Zusammenfassung	49
III. Umfang der Ingerenzpflicht	51
1. Einwirkung	52
2. Kontrolle	54
3. Zwischenfazit	56
B. Kommunale Unternehmen und ihre Organisationsformen	57
I. Begriffsbestimmung	57
1. Unternehmensträgerschaft	58
2. Unternehmenseigenschaft	59
3. Bedeutung der Begriffsbestimmung für die Public Corporate Governance	60

*Inhaltsverzeichnis*

II. Systematisierung kommunaler Unternehmen	60
1. Öffentlich-rechtliche Organisationsformen kommunaler Unternehmen	61
a. Rechtlich unselbstständige Unternehmen	62
b. Rechtlich verselbstständigte Unternehmen	65
2. Privatrechtliche Organisationsformen	68
a. Die GmbH	69
b. Die Aktiengesellschaft	70
3. Zusammenfassung	71
C. Die Ausgestaltung der kommunalen Ingerenzrechte unter Berücksichtigung der jeweiligen Organisationsform	72
I. Öffentlich-rechtliche Organisationsformen kommunaler Unternehmen	72
1. Eigenbetrieb	73
2. Selbstständige Kommunalanstalt	74
3. Zusammenfassung	76
II. Privatrechtliche Organisationsformen kommunaler Unternehmen	77
III. Rechtsformübergreifende Gestaltungsmöglichkeiten und kommunale Gesamtstrategie	82
IV. Zusammenfassung	84
D. Hemmnisse bei der Erfüllung der Steuerungs- und Kontrollpflicht	85
I. Das Principal-Agent Problem	85
II. Doppelte Zielstellung und fehlende Korrekturmechanismen	88
III. Effektive Unternehmenssteuerung und differierende Normebenen	92
IV. Zwischenfazit	94
2. Kapitel: Public Corporate Governance als Lösungsansatz kommunaler Steuerungs- und Kontrolldefizite	96
A. Grundlagen der Public Corporate Governance im Anwendungsbereich kommunaler Unternehmen	96
I. Die Reformansätze der „Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft“	96
1. New Public Management und Neues Steuerungsmodell	98
2. Die Entwicklung zur Public Corporate Governance	101
a. Begriff und Konzept der Governance	102

b. Von der Governance zur Public Corporate Governance	105
c. Public Corporate Governance in kommunalen Unternehmen	107
II. Anwendungsbereich, Ziele und Inhalt der kommunalen Public Corporate Governance	108
1. Anwendungsbereich	108
2. Ziele	111
3. Inhalt	112
III. Abgrenzung zum Beteiligungsmanagement	113
IV. Die Bedeutung der Public Corporate Governance für kommunale Unternehmen	115
V. Zwischenfazit	117
B. Der Public Corporate Governance Kodex als „neues“ Steuerungsinstrument	118
I. Historische Entwicklung der Public Corporate Governance Kodizes	119
II. Erlasskompetenz und Rechtsqualität eines kommunalen Public Corporate Governance Kodex	121
III. Funktionen eines Public Corporate Governance Kodex	123
1. Ordnungsfunktion	124
2. Kommunikationsfunktion	125
3. Transparenzfunktion	127
4. Scharnierfunktion	129
C. Regelungs- und Wirkmechanismen eines Public Corporate Governance Kodex	130
I. Transparenz als Leitmaxime der Public Corporate Governance und deren Bedeutung für das Handeln der Kommunalverwaltung	130
1. Transparenz gegenüber dem Kommunalparlament	131
2. Transparenz gegenüber den Gemeindebürgerinnen und -bürgern	132
3. Umfang und Grenzen der Transparenz	134
4. Ausgestaltung der Transparenz im Public Corporate Governance Kodex	136
II. Corporate Governance-Bericht und Entsprechenserklärung	137
1. Das System der Empfehlungen und Anregungen	137
2. Die Entsprechenserklärung und der Comply-or-Explain-Mechanismus	138

*Inhaltsverzeichnis*

3. Die Verankerung der Entsprechenserklärung bei kommunalen Unternehmen	140
a. Notwendigkeit der Verankerung	141
b. Die Verankerung in der Aktiengesellschaft	142
aa. Satzungsrechtliche Verankerung	142
bb. Weitere Verankerungsmöglichkeiten der Entsprechenserklärung	147
cc. Freiwillige Abgabe einer Entsprechenserklärung	148
dd. Zwischenergebnis	149
c. Die Verankerung in der GmbH	149
d. Die Verankerung im Eigenbetrieb	151
e. Die Verankerung in der selbstständigen Kommunalanstalt	151
f. Zusammenfassung	153
4. Der Public Corporate Governance-Bericht	154
5. Fazit	155
III. Sanktionsmechanismen	156
1. Verankerung im Kodex, der Unternehmenssatzung oder im Anstellungsvertrag	157
2. Faktische Sanktionsmöglichkeiten der Kommunen	159
3. Abberufung der Mitglieder der Leitungs- und Überwachungsorgane	159
4. Zusammenfassung und Bewertung	160
D. Inhalt und Aufbau von Public Corporate Governance Kodizes	161
I. Präambel und Geltungsbereich	162
II. Gesellschafter	164
III. Aufsichtsrat	166
IV. Geschäftsführung	168
V. Weitere Themen in Public Corporate Governance Kodizes	169
VI. Zusammenfassung und Bewertung	171
3. Kapitel: Ein Musterkodex für kommunale Unternehmen	174
A. Grundlagen zur Entwicklung eines Musterkodex	174
I. Sinn und Zweck eines Musterkodex	174
II. Notwendigkeit der Entwicklung eines eigenen Musterkodex	176
1. Der Deutsche Corporate Governance Kodex	176
2. Der Public Corporate Governance Kodex des Bundes	178
3. Bestehende Musterkodizes	180
4. Zwischenergebnis	182

III. Kriterien zur Entwicklung eines Musterkodex	182
1. Zielstellung und Funktionen der Public Corporate Governance	183
2. Anforderungen an die Ausformulierung der Kodexregelungen	186
3. Orientierung an Vorbildern unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen	187
4. Berücksichtigung kommunaler Besonderheiten	191
IV. Notwendiger Umfang eines Musterkodex	193
B. Genese eines Musterkodex für die Kommunen in Baden-Württemberg	195
I. Präambel	195
II. Die Kommune als Trägerin bzw. Gesellschafterin des kommunalen Unternehmens	216
III. Aufsichtsgremium	234
IV. Unternehmensführung	275
C. Die Aufnahme weiterer Regelungen in einen kommunalen Public Corporate Governance Kodex	299
I. Mögliche Kodexergänzungen	300
II. Grenzen der Kodexerweiterung	301
III. Zusammenfassung	302
4. Kapitel: Notwendige Begleitmaßnahmen und Reformvorschläge	304
A. Anpassungsbedürfnis	304
I. Anpassungen in den kommunalen Unternehmen	304
II. Anpassungen in der Kommune	305
III. Anpassungen des Public Corporate Governance Kodex	307
IV. Zusammenfassung und Bewertung	309
B. Reformvorschläge zur Unterstützung der kommunalen Public Corporate Governance	310
I. Gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe einer Entsprechenserklärung	310
1. Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	311
2. Bewertung und Ausgestaltung	312
II. Haftung der Organmitglieder	317
III. Gesetzliche Regelung als Alternative zum Public Corporate Governance Kodex	319

*Inhaltsverzeichnis*

Schlussbetrachtung	321
A. Ergebnisse	321
I. Grundlagen der kommunalen Public Corporate Governance	321
II. Hemmnisse der kommunalen Public Corporate Governance	324
III. Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Public Corporate Governance	325
B. Bewertung	327
I. Ungelöste Konflikte	328
II. Ein Public Corporate Governance Kodex als Instrument kommunaler Public Corporate Governance	332
III. Ausgleich zwischen öffentlicher Zweckverfolgung und unternehmerischer Flexibilität	333
IV. Public Corporate Governance als Beitrag zu einer effektiven Steuerung und Kontrolle kommunaler Unternehmen	336
C. Fazit und Ausblick	339
Anhang: Regelungstext des Public Corporate Governance Musterkodex für die Kommunen in Baden-Württemberg	342
Literaturverzeichnis	355

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
Abb.	Abbildung
Abl.	Amtsblatt
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AktG-E	Referentenentwurf des Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie
AllMBI	Allgemeines Ministerialblatt
AnstG LSA	Gesetz über die kommunalen Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Sachsen-Anhalt
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts oder Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BayGO	Gemeindeordnung des Freistaates Bayern
BayHO	Haushaltsordnung des Freistaates Bayern
BayKUV	Verordnung über Kommunalunternehmen des Freistaates Bayern
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BbgK Verf.	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg

*Abkürzungsverzeichnis*

Bd.	Band
BeamStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern – Beamtenstatusgesetz
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BGremBG	Gesetz über die Mitwirkung des Bundes an der Besetzung von Gremien – Bundesgremienbesetzungsgesetz
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BOARD	BOARD – Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BremKuG	Bremisches Kommunalunternehmensgesetz
bspw.	beispielsweise
Buchst.	Buchstabe
BV	Besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid (niederländische Gesellschaft mit beschränkter Haftung)
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVÖD	Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen
BW	Baden-Württemberg

BWGZ	Die Gemeinde – Zeitschrift für die Städte und Gemeinden, Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsräte; Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CG	Corporate Governance
CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz	Corporate Social Responsibility-Richtlinie-Umsetzungsgesetz
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
D-PCGM	Deutscher Public Corporate Governance-Musterkodex
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe/dieselben
dms	Der moderne Staat – Zeitschrift für public policy, Recht und Management
DÖV	Die öffentliche Verwaltung – Zeitschrift für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat – Drittelbeteiligungsgesetz
DStRE	Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
eBAnz	elektronischer Bundesanzeiger
ECLI	European Case Law Identifier
Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaft
EigAnVO RLP	Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung von Rheinland-Pfalz
EigBG	Gesetz über die Eigenbetriebe der Gemeinden – Eigenbetriebsgesetz
EigBG BW	Eigenbetriebsgesetz Baden-Württemberg

*Abkürzungsverzeichnis*

EigBVO BW	Verordnung über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe in Baden-Württemberg
EigVO	Eigenbetriebsverordnung
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Europäische Menschenrechtskonvention
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
etc.	et cetera – und so weiter
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUROSAI	European Organisation of Supreme Audit Institutions – Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden
EUV	Vertrag über die Europäische Union i. d. F. des Vertrages von Lissabon
f., ff.	folgende (Seite, Seiten)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GBL.	Gesetzblatt
GBL. BW	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
GemO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GemO RLP	Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz
GemO SH	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein
GesR	Gesellschaftsrecht
GewArch	Gewerbearchiv – Zeitschrift für Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls

GK-BImSchG	Gemeinschaftskommentar zum Bundes-Immissionsschutzgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GO BRB	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GO SH	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein
GÖW	Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft
GÖWG	Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft
GPA-Mitteilung	Gemeindeprüfungsanstalt-Mitteilung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GV NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder – Haushaltsgrundsätzegesetz
HKWP	Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem Sinne
i. d. S. a.	in diesem Sinne auch
i. V. m.	in Verbindung mit
IFAC	International Federation of Accountants
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes – Informationsfreiheitsgesetz

*Abkürzungsverzeichnis*

INTOSAI	International Organisation of Supreme Audit Institutions – Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden
IR	Infrastrukturrecht: Energie – Verkehr – Abfall – Wasser (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KommJur	Zeitschrift Kommunaljurist
KUV NRW	Kommunalunternehmensverordnung Nordrhein-Westfalen
KVG LSA	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
NKomVG	Kommunalverfassungsgesetz für das Land Niedersachsen
KV MV	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
LBesG	Landesbesoldungsgesetz
Lfg.	Lieferung
LHO BW	Landeshaushaltsordnung für das Land Baden-Württemberg
LHO MV	Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern
LHO NRW	Landeshaushaltsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
LIFG	Landesgesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen – Landesinformationsfreiheitsgesetz
lit.	litera – Buchstabe
LKrO BW	Landkreisordnung für Baden-Württemberg
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LNTVO	Verordnung der Landesregierung über die Nebentätigkeit der Beamten und Richter – Landesnebenständigkeitsverordnung
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
LV BW	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen

MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MHdB GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MinBl. BMFW	Ministerialblatt des Bundesministeriums für Finanzen und Wirtschaft
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer – Mitbestimmungsgesetz
MüKo	Münchener Kommentar
MüKo AktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKo GmbHG	Münchener Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
MV	Mecklenburg-Vorpommern
Nds.	Niedersachsen
NdsLT-Drs.	Landtagsdrucksache für das Land Niedersachsen
NGOs	Nicht-Regierungs-Organisationen – non-governmental-organisations
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NKom VG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRW Verf.	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
NRW VerfGH	Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtssprechungs-Report
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZBau	Neue Zeitschrift für Bau- und Vergaberecht / Privates Baurecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o. ä.	oder ähnliches
o. g.	oben genannte/r/s

*Abkürzungsverzeichnis*

OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PCG	Public Corporate Governance
PCGK	Public Corporate Governance Kodex
PG	Public Governance: Zeitschrift für öffentliches Management
PVS	Politische Vierteljahresschrift (Zeitschrift)
PraxHdB	Praxishandbuch
PWC	PricewaterhouseCoopers
Report-Nr.	Report-Nummer
RhPfVerf.	Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz
RhPfVerfGH	Verfassungsgerichtshof für das Land Rheinland-Pfalz
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Satz, Seite
s.	siehe
s. a.	siehe auch
s. o.	siehe oben
Sächs GemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsBG	Sächsisches Beamten-gesetz
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SH	Schleswig Holstein
sog.	so genannte/er
spw	Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft
SVVOR	Schweizerische Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht
Thür KO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung

*Abkürzungsverzeichnis*

TOP	Tagesordnungspunkt
u. a.	und andere / unter anderem
UIG	Umweltinformationsgesetz
v.	von
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
vgl. a.	Vergleiche auch
VKU	Verband kommunaler Unternehmen e.V.
VM	Verwaltung und Management – Zeitschrift für moderne Verwaltung
Vorb.	Vorbemerkung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZBM	Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
ZCG	Zeitschrift für Corporate Governance
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZögU	Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen

